

Bund Reichspräsidentenwahl

Sonnabend, den 21. März 1925, abends 8 Uhr im „Wintergarten“

Landtagsabgeordneter

Gefredakteur Otto Muschke

in öffentlicher Rundgebung.

Deutsche Demokratische Partei

Der Hanjabund zur Politik des Reichslandbundes.

Das Präsidium des Hanjabundes veröffentlicht eine Entschliessung, in der energisch gegen die Ansprüche des Reichslandbundes auf wirtschaftliches Gebiet Stellung genommen und bei aller Anerkennung der Bedeutung der Landwirtschaft und Kleinrenten, ihr aber die Schwerkraft der gegenwärtigen Lage hinwzuziehen, die vom Reichslandbund geforderte Vermehrung durch genossenschaftliche Organisationsstelle auf das Entschiedenste zurückgewiesen wird. Diese Rundgebung gegen die eigenmächtige Politik des Reichslandbundes ist der Erprobung seiner Fähigkeit die Verben gefällig. Der Reichslandbund möchte eben glauben machen, daß seine Verben, das landwirtschaftliche Streben und die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu monopolisieren, weiter nichts als ein Akt der Vandalen sei. Das ist daselbstes Märchen, das der Landbündler schon im Unlauf tut, als sie die Berliner Wirtschaftskrise und den Kampf um die Wirtschaftskrise, wenn im Lande drinnen der gewerbliche Mittelstand durch genossenschaftliche Unternehmungen hinführender Organisationen ausgegliedert wird. In Wahrheit geht sein Betreiben dahin, die gesamte Landwirtschaft von zu machen, die selbständigen Wirtschaften durch genossenschaftliche Unternehmungen hinführender Organisationen ausgegliedert wird. In Wahrheit geht sein Betreiben dahin, die gesamte Landwirtschaft von zu machen, die selbständigen Wirtschaften durch genossenschaftliche Unternehmungen hinführender Organisationen ausgegliedert wird.

Kommunisten und Deutschböllische Hand in Hand.

Genau wie es im verflochtenen Reichstage eine Einheitsfront zwischen den Kommunisten und den Reichspräsidenten Landtags Kommunisten und Deutschböllische Hand in Hand, was jene etwa noch an der Durchführung von Vorkommen, an Verhinderung landlicher Verben und an Vertreibung der parlamentarischen Verben zu erreichen, das hat die gleich darauf folgende Wahl bei der Trauerumgebung des Landtages wieder neu die Kommunisten durch die Energie des Präsidenten daran gehindert worden, ihre übliche Schindeldreie auf den verbotenen Reichspräsidenten zu stellen. Oben sich später im Reichstag durchschneiden. Oben sich später im Reichstag durchschneiden. Oben sich später im Reichstag durchschneiden.

Deutschnationale Werbemethode.

Während wir kürzlich feststellen konnten, daß die „Wirtschaftspartei“ sich ihre Mitglieder dadurch beschafft, daß sie Angestellten, Beamten usw. an Hand eines Rundschreibens einfach mittelt, daß man sich erlauben habe, Herrn, Frau, Fräulein fundus ... ohne deren Willensäußerung in die Mitgliederliste aufzunehmen, können wir heute mit einem Werbemaßnahmen der Deutschnationalen Volkspartei aufwarten. Hier sind besonders die Angestellten und Angestellten im Geschäftsbereich auf Ziel genommen. Dabei wählt man den Weg über die Firma und bittet in einem entsprechenden Rundschreiben:

„... im Willen der Angestellten und Angestellten befindet sich zu geben, daß man in einer Sitzung beschließen habe, alle deutschnationalen Angestellten und Angestellten zur Unterstützung der Bewegung ihrer Interessen im Parlament und in anderen gesetzgebenden Körperschaften zusammenzuführen, und daß „verehrliche Herrschaften“ gebeten würde, sich einen Vortrag des Herrn ... fundus ... anzuhören usw.“

Wem fallen dabei nicht die Worte ein, „War der Gedanke nicht so verflucht geübt, man war verflucht, ihn herzlich danken zu nennen!“

Die Spaltung in der Wirtschaftspartei.

In einem aus Mittelstandsblättern gegen die Wirtschaftspartei gerichteten Artikel heißt es u. a.: Der deutsche Mittelstand muß seinen eigenen Natur nach als unabhängige und freie Wirtschaft existieren. Diese Grundforderung und Voraussetzung für die Wirtschaftspartei ist die Spaltung der Wirtschaftspartei ergreifen und es verabsäumt hat, die Forderung des deutschen Mittelstandes energisch zu vertreten. Eine Verbindung mit den Parteien des Großgrundbesitzes und der Arbeiter und Grundbesitzer ist für den deutschen Mittelstand nicht tragbar. Die preiswerteste Partei und Selbsthilfe unterstellt die Grundlagen des Grundbesitzes und Kleinrentenmannschaften. Die Wirtschaftspartei hat sich unter der Führung des Herrn Wirtschaftspartei auch als einseitige Vertreterin des großen bürgerlichen Sauses und Grundbesitzes und der Kleinrentenmannschaften erwiesen. Da weite Teile des Mittelstandes weder Sauses noch Grundbesitzer sind, ist die Politik des Herrn Landendorff in ihrer Einseitigkeit energisch abzulehnen.

Somit ist schon nach kurzer Zeit des Bestehens das eingetreten, was man der Wirtschaftspartei bei ihrer Gründung voraussetzen konnte. Sie war eben von vornherein nicht anders als eine verfallene Partei, die bei Mittelstand nur vor der Wahl umwirbt. Später sieht sie ihn bestelle.

Seine Durchlaucht der regierende Fürst.

Das kleine Land Waldeck steht unter der Verwaltung von Fürstern; es scheint aber, daß man sich in Berlin recht wenig um die Halbescheiben kümmert. Dem Fürst könnte es beispielsweise nicht vorzommen, daß für die Fürstentümer in Waldeck immer noch eine Dienstverpflichtung von 1895 in Kraft ist, deren § 4 lautet: „Die obersten Beamten jedes Fürstentums und damit auch des Fürstentums sind Treue und Obedienz gegen Seine Durchlaucht der regierenden Fürsten.“ Die meisten Fürsten fragen noch heute das ehemalige fürstliche Dienstpersonal: eine Anwendung, das Dienstpersonal der Republik zu tragen, ist nicht erlaubt worden. Die Fürster haben schon vor Jahren eine Änderung der Dienstverpflichtung oder die Einführung der preussischen Fürstendienstverpflichtung beantragt. Bisher verweigert sich dies fürstlichen Dienstpersonal aus irgendwelchen Gründen gefesteten Treue und Obedienz auf die jetzige Landesverwaltung verweigert. Eine kleine Anfrage der preussischen demokratischen Landtagsfraktion sieht dies fürstlichen Dienstpersonal aus irgendwelchen Gründen gefesteten Treue und Obedienz auf die jetzige Landesverwaltung verweigert.

„Der zugreift, der hat es.“

Landendorffs monarchisches Bestreben. Eine Schrift des nationalsozialistischen Führers Beerfeldt behandelt den Konflikt zwischen dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht und General Landendorff. Hierbei drückt Beerfeldt aus einem Briefe des früheren Kronprinzen die folgende interessante Stelle ab:

„Was die Betonung des monarchistischen Gedankens des Generals Landendorff betrifft, so kann ich erklären, daß er, der Königlich Preussische Generalmajor mit der Pension 1921, dem Dienste zur Verfügung stellen ließ und mir dann, als ich der niederböhmer Bitte, ihn zu empfangen, nachkam, würdevoll sagte: „Ich habe sehr viel Mühe mit mir. Es geht jetzt um meine Ehre. Ich greife, der hat es.“ — worauf meinerseits eine Ablehnung erfolgte.“

Mittelebach und Hohenzollern gefalle beide nicht zu. Am 9. November 1923 griff Landendorff mit Unterstützung Landendorffs Mittel zu, aber er hatte es auch nicht.

Bitte! Lesen!

Das in Halle erscheinende Wochenblatt der „Vaterländischen Verbände“ der „Alte Deutscher“ bringt zum Tage Friedrich Eberts einen Beitrag, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Eine Volkstafel durch formierten Parteiorganisatorien geschaffen und lediglich gemacht zu haben, ist ein neues Verbrechen der Schwarzrotgelben. Warum schließlich das überhäufte Schicksal des Herrn Landendorff nicht zu dem Mann wird zugerechnet, daß sich hier Gestaltung und Sprache um die Palme der Würdevortrefflichkeit streiten. — Aber auch sonst würde reichlich Beachtung an Eberts Wille. So viel Unheil ist mit einem solchen Verhalten nicht verbunden, ist demnach, daß sie an den Urhebern jeder Schwärze borgenommen würden. — Ebert ist tot. Eine Welt aber lebt, werden seine Anhänger und Unterstützer. Solche Menschen sind Landendorff, Landendorff hätte er Deutschland gerettet als Vorkämpfer gegen die Sozialisten. Selbst wenn diese ganz falsche Darstellung stimmt, würde dies nicht das Entscheidende sein. Der Reichspräsident hätte, ohne neues Leben bilden und erwecken zu können, ist ein Feindling. — Aus dieser Artion, die ohne die schwebeliebenden Nachpositionen des alten Regimes beherrschbar wäre, eine patriotische Tat zu machen, ist eine willkürliche und niederträchtige Geschichtsfälschung. — Es gibt nicht nur Schuldigen, sondern auch Verleumdungen. — Einmalen wird uns nach wie vor über „auf den Tisch des Landes gelegt.“ Aus der Zahl der Verleumdungen manierte sich die demotische Vorkriegspressen mit dem Schlußsatz heraus: „Der Präsident ist tot — es lebe die Republik!“ — Dieser schwarzrotgelben Märgelart gilt es entgegenzusetzen zu betonen, den Nationalismus auszuwachen und an die Stelle des Herrn Landendorff einen Mann zu stellen, der willens ist, dem Reichspräsidentenbedürfnis des deutschen Volkes zu entsprechen. — Damit ist nicht nur die Pflicht, der Deutschland endgültig von der Blutegel zu befreien will.“

Wir enthalten uns gegenüber dieser Sprache eines Wortes „nationaler Frontpolitik“ dem unferes Stützpunktes. Wir sind eines einzigen Oberflächensatz sehr nahe stehen, jedes weiteren Wortes. Wir bitten aber unsere Leser sich dieses Dokument „deutscher“ und „nationaler“ Meinung anzuschauen.

Der deutschnationalen Jugendbewegung „Tag“ macht unter der Leitung des Herrn Landendorffs Eberts „Tag“ u. a. folgende geschmacklose Äußerungen: „Selbstverständlich wird das Reichsoberhaupt, selbst wenn es Fritz Ebert sein will, nicht morgen an die Wagschale des Glorienkranzes und nicht morgen wieder wird gerollt lassen müssen, auf Reichsoberhaupt begraben. Es ist ein Reichsoberhaupt, das es ist hinführender Reichsoberhaupt auf Rollen oder Treuzähler den Prunk bewilligt erhält.“

Aus den Vereinen.

Zugung des Reichsbundes deutscher demokratischer Jugend zu Halle a. S.

Am Sonntag, den 15. März, hatte der Reichsbund deutscher demokratischer Jugend seine Freunde aus dem ganzen Reich zu einem Vertretertag nach Halle gerufen. Die Begrüßungsworte sprach Hans Werner Gylling aus Berlin, an die sich ein Vortrag über die Entwicklung des Reichsbundes zur Reichspräsidentenwahl anknüpfte. Man bedauert es in den Kreisen der demokratischen Jugend lebhaft, daß es den republikanischen nicht gelungen ist, einen Sammelkandidaten anzustellen. Die demokratische Partei hat nach dieser Richtung alles versucht, leider ohne Erfolg. Infolgedessen haben sich die Demokraten gezwungen, dem badischen Staatspräsidenten Dr. Wally Sellpach auszusprechen. Diese Kandidatur findet in der demokratischen Jugend freudigen Anklang. An diesen Vortrag schloß sich eine rege Debatte. Darauf gab der Redner einen kurzen Bericht über die Pläne zum Reichsjugendtag in Altenburg. Der Reichsjugendtag findet am 31. Mai und 1. Juni in Altenburg (Schwarzburg) statt. Am 29. und 30. Mai ist der Empfang der verschiedenen Gruppen vorgesehen. Erwartet werden zu dieser Tagung aus Teilnehmer aus Holland und Oesterreich. Abends findet in den Lokalen die Begrüßungsfest statt. Für den nächsten Tag ist eine Pfingstfeier im Park der Stadt geplant, die vier Parteien beider demokratischen Persönlichkeiten bringen wird. Unter anderem Redner wird aus Fritz u. Lutz erweitert. Daran schließen sich dann Besichtigung und Führung durch Altenburg, Besetzung mit Seite der Reichskasse am Hofplatz in Altenburg. Der Pfingstmontag bringt eine erdendliche Bundesstimmung mit Musikschiffen. Jeder Jungdemokrat muß an dieser gemeinsamen Kundgebung teilnehmen. (Quartiere werden verteilt.) Die Bundesleitung kommt mit Recht an, daß dieser Tag in Altenburg ein gewaltiges Weltfestnis zur jungen Demokratie werden wird. Wir rufen deshalb allen Freunden zu: Auf nach Altenburg!

Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Hierauf gab Hans Werner Gylling den Geschäftsbericht, auf den dann die Neuwahl des Reichspräsidenten folgte. Die Leitung des Bundesleites, die Bundesleitung kommt mit Recht an, daß dieser Tag in Altenburg ein gewaltiges Weltfestnis zur jungen Demokratie werden wird. Wir rufen deshalb allen Freunden zu: Auf nach Altenburg!

Zur Reichspräsidentenwahl spricht am Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, im „Wintergarten“ der Landtagsabgeordnete Graf Otto Muschke.

Die Mitglieder des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei werden dringend gebeten, frühzeitig (wenigstens eine halbe Stunde vor Beginn der Kundgebung) zu erscheinen. Die Kundgebung ist eine öffentliche. (Siehe Anzeige.)

Vortrag eines demokratischen Führers.

Der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände hält am Freitag, den 20. März, in Halle, Restaurant „St. Nikolaus, Hotelrestaurant, eine öffentliche Versammlung als Generalversammlung, Reichstagsabgeordneter Ernst Semmer, spricht über das Thema: „Der neue Reichstag und die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmer.“ Semmer ist ein eminenten Redner, der seit längeren dem Lebensalter nach der jüngste Reichstagsabgeordnete. Sein Vortrag wird zweifellos allgemeine Beachtung finden. Er beginnt pünktlich um 8 Uhr abends. Der Eintritt ist frei.

Frühergruppe der Deutschen Demokratischen Partei, Halle. Der Vortrag von Frau Dr. Eberle fällt am Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr. Die nähere Zusammenkunft wird noch bekanntgegeben.

Mitteilungen.

Auslegung der Wählerlisten.

Auf Grund einer Verordnung vom 9. März 1925 zur Wahl des Reichspräsidenten hat der Reichsminister des Innern bestimmt, daß

1. die Stimmlisten und Stimmzettel für den am 29. März 1925 stattfindenden ersten Wahlgang spätestens zum 20. bis einj. 23. März 1925 auszuliegen sind und daß,
2. falls ein zweiter Wahlgang (24. April 1925) erforderlich wird, die entsprechende Auslegung der Stimmlisten und Stimmzettel nach Beschlußfassung und Ergänzung am 21. und 22. April 1925 stattfinden hat.

Es ist also dringend notwendig, daß besonders alle diejenigen Wähler, die am 7. Dezember 1924 für Wahlrecht nicht ausüben konnten, weil sie infolge irgendeines Verfalls des Wahlrechts nicht aufgeführt waren, sich rechtzeitig zur Eintragung in die amtliche Wählerliste von ihrer inzwischen erfolgten Aufnahme überführen. Ein gleiches ist allen denjenigen Wählern und Wählerinnen anzuraten, die nach dem 7. Dezember das maßgebende Alter erreicht haben.

Stimmen aus dem Exerzreise.

Ein bekannter händeltlicher Hochschullehrer sendet uns als Antwort auf die erste Nummer des „Politischen Wegweisers“ folgendes sinniges Lausich-Verslein:

„Du Weiser an den Wegen, halt aus in Sturm und Regen! Machst Wand'rer auf dem Strich, getriebe dich an deinem Ziel, bis schwarzer Nacht das Morgenrot freudiglands goldenes Licht entlockt.“

Zu unserer in der vorigen Nummer unter der Überschrift „Geistige Armee“ veröffentlichten Notiz, in der wir die deutschnationalen Kampfesweise bei Beginn des Wahlkampfes um den Reichspräsidenten beleuchteten, acht uns dem Artikel unserer Leser nachlesende, sehr treffende Äußerung zu: Sehr geehrter Herr Redakteur! Haben Sie besten Dank für den Artikel „Geistige Armee“, in dem Sie das Verfallens-thema der deutschnationalen Volkspartei „Von Mathena und Varnat“ mit einem „Pflü“ abru. Das Herr Notiz, der Redner des Abends, sein Thema so plattiert, nimmt nicht weiter Wunder. Von Herrn Notiz ist nichts anderes zu erwarten. Unbegreiflich aber ist es, daß die Herren des Vorstandes der hiesigen Ortsgruppe, Herren, deren persönliche Ehrenhaftigkeit keinem Zweifel unterliegt, insbesondere auch der Leiter der Verfallens-thema, das plattierthe Thema gewählt haben. Sie haben ja bereits in Ihrem Artikel genügend Gelegenheit, welche Demagogie es ist, die beiden Namen Mathena und Varnat überhaupt in Verbindung zu bringen. So Frage, wie würde es den Herren des Vorstandes bei den Bestimmung der Volkspartei gefallen, wenn man ihre ungeschickten und ehrenhaften Namen mit irgendeinem Schieber schlechterer Sorte zusammenplattieren würde? Es wird fürwahr die höchste Zeit, das endlich über den Zustand in den politischen Kampf kommt und sich niedrige Demagogie äußert. Ich bin sehr überzeugt, daß zahlreiche Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei die Plattierthe „Von Mathena und Varnat“ mißbilligen. — (Das mag wohl sein, aber auch bei früheren und ähnlichen Fällen haben sie sich mit ihrer Zustimmung über die auch für den politischen Kampf zulässigen Grenzen bei ihrem Vorstande angebeint nicht durchsetzen können. Schriftl.)

Ein die

Postamt

